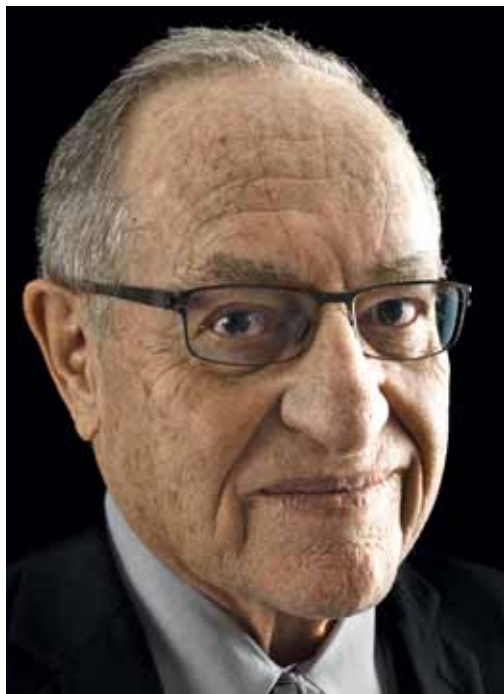


Intern

Bei der Beantwortung der Interviewanfrage gab sich US-Staranwalt Alan M. Dershowitz, 77, wortkarg. Er beantwortete sie mit einem kurzen «Okay», und als wir seine Adresse wissen wollten, schrieb er knapp: «45, Sutton Place. Das ist auf der Ostseite von Manhattan.» Während des Gesprächs in seiner Woh-



Wortgewaltiger Jurist: Alan M. Dershowitz.

nung – Blick auf den East River und die Queensboro Bridge – erlebte Pierre Heumann Dershowitz dann aber so, wie er sich ihn vorgestellt hatte: als wortgewaltigen, scharfsinnigen Juristen, der gerne kontroverse Meinungen verfißt. **Seite 54**

Der Fall um die ungeschickte FDP-Politikerin Christa Markwalder ist Anlass für eine grundsätzliche Recherche. Nicht die Tatsache, dass sich Parlamentarier von PR-Buden beraten lassen, ist das Problem. Der Umstand, dass sich Politiker, nur weil sie ein Amt haben, durch lukrative Zusatzposten von Firmen, Interessengruppen und Verbänden einkaufen lassen, wirft kritische Fragen auf. Wir haben in dieser Ausgabe die emsigsten Ämtchensammler untersucht. Wo kippt die legitime Interessenvertretung aus Überzeugung in fragwürdige bezahlte und intransparente Abhängigkeit? Die Lösung ist nicht ein Berufsparlament, bewahre, aber vielleicht sollten sich die Parlamentarier beim Jagen und Sammeln von Ämtchen etwas zurückhaltender geben. Ein weiterer Schwerpunkt ist die hocheffiziente Berner PR-Agentur Furrer Hugli & Partner. Markus Schär hat die Zampanos des wirkungsvollen Einseifens zum offenen Gespräch getroffen. **Seite 14**

Überraschend hat das Berner Regionalgericht vor zwei Wochen zwei SVP-Parteikader aufgrund des Inserats mit der Aufschrift «Kosovaren schlitzten Schweizer auf» wegen Verstosses gegen die Antirassismustrafnorm schuldig gesprochen. Anwalt der Kläger war David Gibor – wie fast immer, wenn in der Schweiz jemand wegen Rassismus vor Gericht steht. Wer ist dieser Mann, der die gesamte politische Rechte gegen sich aufbringt? Bislang hat er sich stets geweigert, über seine persönliche Motivation zu sprechen. Redaktor Rico Bandle hat ihn getroffen – und aus dem geplanten Mittagessen ist ein intensives, dreistündiges Gespräch geworden. **Seite 30**

Abbas ist eine lebende Legende der Fotografie. Seit einem halben Jahrhundert hält er mit seiner Leica Revolutionen, Bürgerkriege und Aufstände fest. Wiederholt war er für die *Weltwoche* im Einsatz, erstmals im Irak 2003. «Fühlst du es?», fragte er Urs Gehrig mit einem breiten Grinsen, nachdem die beiden Zeugen des ersten Terroranschlags im frisch eroberten Irak wurden und US-Helikopter wie nervöse Wespen am Nachthimmel schwirrten. «Wir sind im Belagerungszustand!» Abbas fühlte sich an seinen ersten Einsatz in Vietnam erinnert. Im Vietnamkrieg begründete der gebürtige Iraner seinen Ruf als einer der Weltbesten seines Metiers. Zum Gedenken an den längsten Konflikt des 20. Jahrhunderts widmen wir Abbas' Schaffen eine Bildstrecke. «Abbas' Fotografie ist *street photography* im besten Sinne», sagt *Weltwoche*-Bildchef Nathan Beck, «inhaltlich und formal schnörkellos, fast immer geradeaus fotografiert und auf Augenhöhe mit dem Objekt. Je länger man seine Aufnahmen betrachtet, desto ereignisreicher werden sie.» **Seite 44**

Ihre Weltwoche

Umfassende Beratung.

LGT. Ihr Partner für Generationen.
LGT Bank (Schweiz) AG, 044 250 81 81

www.lgt.ch



Private
Banking

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 298.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Gehrig, Wolfgang Koydl, Hubert Mooser, Alex Reichmuth, Markus Schär, Florian Schwab, Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Tom Kummer, Christoph Landolt, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller, Daniele Muscionico, Deborah Neufeld, Daniela Niederberger, Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Hildegard Schwaninger, Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*), Simon Keller, Fabian Gimmi (Assistent)
Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay
Korrektorat: Cornelia Bernegger und Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits, Sandra Noser, Gregor Szyndler, Dieter Zwicky
Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*), Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Fabian Keller, Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck, Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





Martin Bäumle: lukrative Energiewende.



Pascale Bruderer: auf allen Hochzeiten.



Kurt Fluri: Wunder der Mandatsvielfalt.

Bundeshaus

Gekaufte Politiker

Von Roger Köppel — Der Fall Markwalder sorgt für Schlagzeilen. Es stellt sich die Frage nach der Käuflichkeit von Politikern in Bern. Die Sachlage ist pikant: Im Bundeshaus floriert das Geschäft mit den Zusatzposten. Vor allem die Mitteparteien greifen zu, aber auch SP- und SVP-Politiker bedienen sich reichlich.

Erwischt. Das jüngste Beispiel heisst **Christa Markwalder**. Die FDP-Politikerin macht gerade Schlagzeilen von NZZ bis *Blick*. Für eine PR-Firma reichte die Bernerin einen Vorstoss ein, der im Auftrag der kasachischen (Pseudo-)Opposition formuliert und überarbeitet worden war. Eingefädelt hatte den Deal **Marie-Louise Baumann**, frühere Mitarbeiterin im FDP-Generalsekretariat, die den Kasachen für diese politische Gefälligkeit rund 7000 Franken verrechnete.

Wieder einmal rückt der Lobbyismus ins Zentrum, und es ergeben sich grundsätzliche Fragen: Wie käuflich ist die Schweizer Politik? Wer ist mit wem verbandelt? Wo endet die gewollte Einflussnahme, und wo beginnt die dunkle Seite des politischen Söldnertums?

Bleiben wir bei Christa Markwalder. Gemäss offizieller Biografie arbeitet sie als Juristin für die Zurich-Versicherungen. Diese Beschreibung ist nicht falsch, aber auch nicht ganz ehrlich: Markwalder gehört der Abteilung «Governmental Affairs» an. Sie ist bezahlt dafür, Augen und Ohren offen zu halten, was politisch Relevantes läuft für ihren Arbeitgeber. 2014 wurde publik, dass Markwalder ihre Sekretariatsarbeiten von der Berner Lobby-Firma Furrer Hugi erledigen lässt. Ein «unentgeltlicher Freundschaftsdienst», wie Mitinhaber **Lorenz Furrer** umgehend beschwichtigte. Markwalder korrigierte, sie bezahle für diese Leistungen tausend Franken im Monat, worauf die Ertapten sich auf die Sprachregelung einigten, es handle sich um eine Spesenentschädigung.

«Befangenenchor»

Generell scheint sich in unserer Gesellschaft das Networking für Karriere und Verdienst in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Verwaltung oder

Kultur mehr auszuzahlen als die eigentliche Leistung. Wer die Wahl hat, entweder hinzusitzen, nachzudenken und etwas zu entwickeln oder aber zum nächsten netzwerkenden Cüpli-Meeting zu gehen, tut heute mit Vorteil das Zweite.

Mehr noch: Mittlerweile hat das frühere Lobbyistensystem, bei dem bezahlte Interessenvertreter die Parlamentarier in der Wandelhalle zu beeinflussen versuchten, einem neuen, weit fragwürdigeren Modell Platz gemacht: Die Interessengruppen, Verbände, Firmen, Gewerkschaften bezahlen die Parlamentarier direkt, damit diese ihre Interessen vertreten. Darum hat der *Beobachter* das eidgenössische Parlament im Jahr 2012 nicht ganz zu Unrecht als «Befangenenchor» bezeichnet.

Problematisch ist nicht, wenn Milizpolitiker nach ihrer Wahl die Interessen ihres angestammten Berufes vertreten, etwa wenn ein Anwalt seine Verwaltungsratsmandate weiterhin betreut. Oder wenn ein Garagist auch in Bundesbern die Autolobby vertritt. Oder wenn ein Unternehmer nach der Wahl in der Geschäftsleitung oder im Verwaltungsrat seiner familieneigenen Firma sitzt.

Ungesund ist die Entwicklung aber dann, wenn die Volks- und Ständevertreter zu Mandaten kommen aus dem einzigen Grund, weil sie Parlamentarier sind. Gerade weil ihre schön dotierten Mandate am Parlamentsamt hängen, wollen, können sie möglichst lange nicht zurücktreten. Weil ihre gutbezahlten Mandate direkt mit dem Parlamentsamt zusammenhängen, sind sie es auch wieder los im Moment, in dem sie nicht mehr im Bundeshaus sitzen. Dieser Tatbestand ist weit näher an der Wirklichkeit als die vielgehörte Behauptung, die National- und Ständeräte müssten eben Ämter sammeln,

damit sie auch nach ihrer Zeit in Bern noch ein Auskommen hätten.

Fette Mandate im Ständerat

Wer wirklich fette Mandate abräumen will, tut besser daran, für den Ständerat als für den Nationalrat zu kandidieren. Denn die Stimme eines Ständerates ist viel gewichtiger bei zwei gleichberechtigten Kammern – seine eigene mit 46 Mitgliedern überwiegt jene, wo 200 Köpfe einsitzen. Kein Wunder also, dürfen die Ständeräte neben ihrer ohnehin gegenüber den Nationalräten schon deutlich höheren Entschädigung auf Nebenverdienste hoffen, die ihr angestammtes Mandatssalär meist deutlich übersteigen.

Die grosse Mehrheit der Ständeräte sind Berufspolitiker – für viele eine Fortsetzung ihrer vorherigen politischen Karriere: Sie kommen aus den Exekutiven von Städten und Kantonen wie die St. Gallerin **Karin Keller-Suter** oder die Zürcher Grünliberale **Verena Diener**. Unternehmer wie der verstorbene Glarner **This Jenny** oder aktuell der Schwyzer SVP-Mann **Peter Föhn** lassen sich in der Kleinen Kammer an einer Hand abzählen. Jenny war es auch, der jahrelang für mehr Transparenz beim Abstimmen eintrat. Vor allem die CVP wehrte sich gegen das elektronische Verfahren. Die Abstimmungs-transparenz stört die bislang praktizierte (und lukrative) Hinterzimmerpolitik im Ständerat.

Der Zuger Christdemokrat **Peter Bieri** hat seinen Beruf als Landwirtschaftslehrer längst an den Nagel gehängt und widmet sich dem lukrativen Präsidium des Informationsdienstes für den öffentlichen Verkehr Litra.

Je mehr ein Parlamentarier der politischen Mitte angehört, desto grösser ist die Chance auf



Christophe Darbellay: plus 170 000 Franken.



Roland Borer: Faszination Beirat.



Pirmin Bischof: wendige Bonuspolitik.

schöne Mandate. CVP-Chef und Nationalrat **Christophe Darbellay** zum Beispiel garniert aus insgesamt zwölf Nebenposten, die ihm nach seiner Wahl ins Parlament zufielen, nach eigenem Bekunden 170 000 Franken jährlich.

Die Polparteien scheinen leicht benachteiligt; nicht weil SP und Grüne oder SVP die charakterlich widerstandsfähigeren Vertreter hätten, sondern weil ihnen in der Realität solche Mandate weniger angeboten werden. Wer für FDP, CVP oder BDP politisiert, kann hingegen davon ausgehen, dass er eher für bezahlte Mandate angefragt wird. Der Grund ist einfach: Die Interessengruppen trauen der Mitte eher zu, Brücken zu bauen und Mehrheiten zu beschaffen. Ausnahmen bilden «gemässigte» Sozialdemokraten und konsensorientierte Volksparteiler.

Vier Typen der Käuflichkeit

Insgesamt könnte man vier Kategorien von abhängigen Politikern näher bestimmen:

Der Regionalfürst: Er ist bestens vernetzt mit dem eher ländlich geprägten Kanton, aus dem er stammt. In der Regel steht der Regionalfürst nicht im Fokus nationaler Medien, umso geräuschloser kann er sein Lokalimperium aufbauen. Stellvertretend sei hier der Luzerner FDP-Nationalrat **Peter Schilliger** genannt, der 2012 für den verstorbenen **Otto Ineichen** nachgerutscht ist und seit seiner Zeit als Kantonspolitiker emsig Ämter sammelt: Spitalrat des Spitalverbundes Lunis Luzern und Nidwalden, Verwaltungsrat Kursaal Casino AG, Stiftungsrat der Spida-Pensionskasse, der Hochschule Luzern und der von Otto Ineichen gegründeten Stiftung Speranza. Schilliger ist dank seinem Sitz im Parlament auch bezahltes Mitglied für Suissetec (Gebäudetechnikverband), für den Verband Effiziente Energie-Erzeugung, für den Schweizerischen Gewerbeverband, den Schweizerischen Arbeitgeberverband, und neuerdings ist er auch Präsident von TCS Waldstätte.

Die Sozialstaatler: Sie sorgen dafür, dass die Millionen und Milliarden des Staates weiterhin

in die richtigen Kanäle fließen. Während die Wirtschaft eher darauf dringt, von der Politik in Ruhe gelassen zu werden, ist der Sozialgürtel direkt auf staatliche Zuwendungen angewiesen. Dafür stehen Linkspolitiker im Dutzend zur Verfügung. Exemplarisch sind hier die Solothurner Nationalrätin und Heilpädagogin **Bea Heim** und ihre Interessenbindungen zu nennen, die von der Lehrerschaft, Pro Senectute, Pro Natura, Kleinbauern, Eisenbahnerpersonal (SEV), Staatspersonal, VCS bis zu den Interessengemeinschaften öffentliche Arbeitsplätze und öffentlicher Verkehr reichen. Oder SP-Nationalrätin **Maria Bernasconi**, die als Generalsekretärin des Bundespersonalverbands schaut, dass heute ein Beamter durchschnittlich mehr verdient als ein Banker.

Der Edelsöldner: Im Gegensatz zum reinen Massensammler holt er wenige, dafür hochdotierte Mandate. Für diesen Typus steht die St. Galler Ständerätin **Karin Keller-Sutter**, die, obwohl erst seit 2011 gewählt, sich die Pöstchen in der obersten Liga aussuchen durfte. Sie gehört dem Verwaltungsrat der NZZ-Mediengruppe an und dem Vorstand des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, dazu präsidiert sie den Schweizer Detaillistenverband (Swiss Retail Federation). Hinzu kommen Verwaltungsratsmandate in gleich drei Vorsorgeeinrichtungen (Bâloise Holding AG, Pensimo Fondsleitung AG und ASGA St. Gallen). Damit kommt die FDP-Politikerin neben ihrem 150 000-Franken-Lohn als Ständerätin auf mehrere 100 000 Franken Zusatzentschädigung. Allein für die Tätigkeit bei der Bâloise dürfte Keller-Sutter rund 240 000 Franken im Jahr kassieren.

Der Berufspolitiker: Er ist nur Parlamentarier oder arbeitet für Verbände, Gewerkschaften, Organisationen, die ihr Mandat an die politische Tätigkeit knüpfen. Von der 57-köpfigen SP-Fraktion behauptet sich lediglich die Zürcher Nationalrätin **Jacqueline Badran** als Unternehmerin in der freien Wirtschaft. Alle anderen arbeiten beim Staat, als Juristen, Gewerkschafter, Kommunalpolitiker, für den Sozialgürtel –

oder gar nicht wie der Aargauer **Cédric Wermuth**.

Und wen vertreten die Anwälte?

Was die Berufe betrifft, so sind Berater, Inhaber von PR-Agenturen und Rechtsanwälte am undurchsichtigsten. Wer weiss schon, welche wirklichen Interessen der Zürcher Bahnhofstrasse etwa der Anwalt **Beat Walti** von der FDP vertritt? Oder **Doris Fiala** (FDP) und **Gregor Rutz** (SVP), von denen bekannt ist, dass sie bezahlte politische Kampagnen führen oder früher geführt haben? Wann reden sie im Ratsaal in ihrem persönlichen Namen, wann im Namen ihrer Wählerinnen und Wähler und wann gar im Namen jener Firmen und Verbände, die sie hinter dem Schleier des Berufsgeheimnisses direkt bezahlen?

Natürlich kann man das Milizargument ins Feld führen, das etwa so lautet: Die Hälfte der Zeit eines Parlamentariers gehört seinem Amt als Volks- oder Standesvertreter, in der anderen Hälfte ist er frei, im legalen Rahmen das zu tun, was er will, und sich von diesem oder jenem Einflüsterer nach freiem Ermessen bezahlen zu lassen. Doch diese Sicht der Dinge dürfte die Wählerinnen und Wähler zunehmend weniger befriedigen. Wenn beispielsweise der Berner BDP-Ständerat **Werner Luginbühl** neben seinem Ständeratssalar und der Pension als früherer Regierungsrat auch noch als «Leiter Public Affairs» zuständig ist für den PR-Bereich der Schweizerischen Mobiliarversicherung, wissen die Berner nicht mehr so recht, ob er jetzt im Namen des Standes Bern oder in jenem der Mobiliar abstimmt. Gleiches gilt für den Schwyzer SVP-Ständerat und «Relation Manager» **Alex Kuprecht**, der ebenfalls im Sold der Versicherungsbranche steht.

Jäger und Sammler Gutzwiller

Der Zürcher FDP-Vorzeigepolitiker **Felix Gutzwiller** durfte – obwohl ausgebildeter Mediziner – schöne Schwergewichtsmandate aus der Finanzwirtschaft des alten Wirtschaftsfreisinns übernehmen, so bei Swiss Re oder bei der Axa-Versicherung. Dass viele Mandate aus dem

Gesundheitsbereich hinzukommen, ist selbstverständlich, so Osiris Therapeutics Inc., Rahn AG, Krankenkasse Sanitas und lange Zeit auch der Pharmafirma Siegfried.

Die Briger CVP-Frau **Viola Amherd** ist eine erfolgreiche Mandatsjägerin von Bergbahnen bis Migros Wallis. **Martin Bäumle** (GLP) haben es Energiemandate angetan und natürlich der Verein «Swiss Innovation Park, dem auch der Zürcher FDP-Nationalrat **Ruedi Noser** angehört. **Heinz Brand** (SVP), bislang nicht als Gesundheitspolitiker aufgefallen, wurde in Nachfolge seines Bündner Parteikollegen **Christoffel Brändli** Präsident des Krankenkassenverbandes Santésuisse.

Die kaum bekannte CVP-Politikerin **Christine Bulliard** ist still und leise Präsidentin der Schweizerischen Lauterkeitskommission der Werbewirtschaft geworden. Ihre Gebirgskantonskollegen **Yannick Buttet** (VS) und **Martin Candin** bringen es auf vierzehn beziehungsweise fünfzehn Mandate, wobei der Bündner Oberländer Katholik sogar im Stiftungsrat des Evangelischen Alters- und Pflegeheims Ilanz Einsitz nehmen darf.

Ein emsiger Mandätschensammler ist sodann **Ignazio Cassis**; der Tessiner FDP-Arzt tut sich naturgemäss vor allem im Gesundheitsbereich um. Der Basellandschäftler Wirtschaftsförderer **Thomas de Courten** ist auch Geschäftsführer der «Politcom, Agentur für politische Kommunikation und Public Affairs». **Jacqueline Fehr** (SP) wurde unlängst mit einem lukrativen Verwaltungsratssitz der Schweizerischen Mobiliar-Genossenschaft bedacht. Die PR-Frau **Doris Fiala** (FDP) präsidiert aus nicht ganz nachvollziehbaren Gründen den schweizerischen Plastikverband Swiss Plastics.

Die 33 Mandate des umtriebigen Solothurner Stadtpräsidenten **Kurt Fluri** waren schon öfter Gegenstand kritischer Erörterungen. **Sebastian Frehner** (SVP, BS), ein strammer Fürsprecher des Basler Pharmastandorts, hat's nicht nur in den Beirat der Groupe Mutuel geschafft, sondern auch in den Bankrat der Basler Kantonalbank und in den Verwaltungsrat der Bank Coop AG, Basel. Es verwundert, dass die Finma bei einem solchen Interessenkonflikt nicht einschreitet.

Von Galladé bis Jositsch

Chantal Galladé darf als gemässigte Sozialdemokratin immerhin den Kaufmännischen Verein Winterthur präsidieren, dessen schweizweites Pendant ihr Ex-Freund **Daniel Jositsch** in Händen hält. BDP-Mann **Urs Gasche** vollzieht als Präsident der Bernischen Kraftwerke inklusive Mühleberg mit seiner Partei die Energiewende und präsidiert die Schweizer Salinen AG. **Josias F. Gasser** von den Grünliberalen ist mandatsmässig ein Hansdampf in allen Gassen mit Schwergewicht Energiewirtschaft.

Lorenz Hess (BDP), dessen PR-Agentur von Furrer Hugli gekauft worden ist, sitzt im neugebildeten, der Beziehungspflege gewidmeten



Jacqueline Fehr: auf einmal die Versicherung.

Beirat der Medizinischen Fakultät der Universität Bern genau wie **Rudolf Joder** (SVP) und **Christian Wasserfallen** (FDP). Die Gesundheitsmandate von **Ruth Humbel** (CVP) lassen sich kaum zählen; fast genauso emsig scheint der Staatsangestellte und Strafrechtsprofessor **Daniel Jositsch** unterwegs.

Martin Landolt, ehemals Mitarbeiter der Glarner Kantonalbank, dann tätig bei der Bank Vontobel und nach seiner Wahl in den Nationalrat 2010 bis 2013 politischer Berater der UBS, jetzt im Beirat der Groupe Mutuel und im Verwaltungsrat der Interesta AG, einer Finanzberatungsgesellschaft mit Sitz im liechtensteinischen Balzers. **Lucrezia Meier-Schatz** (CVP) hält lukrative Mandate des CVP-nahen Krankenversicherers CSS, genau wie **Kathy Riklin** (CVP) im Bildungsbereich, etwa als Zürcher Universitätsrätin oder neu als Beirätin der Abteilung für Agronomie an der ETH.

Auch die SVP voll dabei

Die Krankenkasse Groupe Mutuel lockt das Parlament mit Beiratssitzen, wobei die Zuwendungen unbekannt sind. Davon profitieren **Roland Borer** (SVP), **Sebastian Frehner** (SVP), **Martin Landolt** (BDP), **Thomas Maier** (GLP), **Bruno Pezzatti** (FDP, ZG), **Daniel Stolz** (FDP), nicht zu vergessen die Ständeräte **Urs Schwaller** (CVP) und **Roland Eberle** (SVP), der für die Groupe Mutuel im Verwaltungsrat als Vizepräsident amtiert. In deren Geschäftsleitung sitzt der zweite Vizepräsident des Nationalrates, **Jürg Stahl** (SVP). Ständerat **Roland Eberle**, der sich als Unternehmer bezeichnet, führt ebenfalls eine Beratungsfirma (Mercanda Consulting). Dabei dürfte der Thurgauer vor allem sich selber im Angebot haben: Seit seiner Wahl summiert sich die Zahl seiner Mandate, darunter befinden sich allein sechs als Verwaltungsrat, wie etwa jenes des Energiekonzerns Axpo.

Der Internet-Versicherungsvergleichsdienst Comparis bezahlt seinen Beiräten gemäss «Beobachter» vom 20. November 2012 pauschal 12 000 Franken pro Jahr für die Teilnahme an wenigstens zwei Sitzungen. Das freut die Beiräte **Ruth Humbel** (CVP), **Toni Bortoluzzi** und **Pierre-François Veillon** (beide SVP), **Alec von**



Christoph Mörgeli: ohne Zusatzmandate.

Graffenried (Grüne) sowie Ständerat **Joachim Eder** (FDP).

Toni Brunner erhielt für seine profilierte Stellung als nationaler SVP-Präsident immerhin das Präsidium des Verbands Stahl-, Metall- und Papier-Recycling. Sind die bürgerlichen Parlamentarier naturgemäss eher mit der Wirtschaft und deren Interessenorganisationen verbandelt, so sind es die Linken mit den Gewerkschaften und vor allem mit den Hilfswerken. Da dort der Staat längst an die Stelle der Privatspenden getreten ist – das Schweizerische Arbeiterhilfswerk generiert so gut wie keine Privatspenden –, sind die Hilfswerke an staatlichen Geldern aufs höchste interessiert. Gute Kontakte zu Parlament und Bundesverwaltung sind für sie darum überlebenswichtig.

Kaum Nationalräte ohne Zusatzposten

Naturgemäss haben die Ständeräte durchschnittlich wesentlich mehr Mandate als die Nationalräte. Der neue FDP-Ständerat **Thomas Hefti** aus dem Kanton Glarus gehört zu den Mandatsrekordhaltern, ebenso wie sein Bündner FDP-Kollege **Martin Schmid**. Seit seinem Wechsel in den Ständerat ist es auch um den Solothurner CVP-Mann **Pirmin Bischof** ruhiger geworden. Sein Bonussteuer-Projekt hat er inzwischen klammheimlich beerdigt, was auch mit seinem neuen Mandat zu tun haben dürfte: Bischof gehört seit Mitte 2012 dem Verwaltungsrat des Schindler-Konzerns an, wo man von solchen wirtschaftspopulistischen Schnellschüssen wenig hält.

Völlig ohne Mandat sind nur wenige Nationalräte: **Guillaume Barazzone** (CVP, GE), der Walliser Regierungsrat **Oskar Freysinger** (SVP, VS) und auch *Weltwoche*-Kolumnist **Christoph Mörgeli** (SVP). Letzterer, obwohl irgendein Spassvogel beim Register der Interessenbindungen bei Mörgeli ein Mandat als Präsident von «Profilait, Lindau» angegeben hat. Dies ist gemäss Selbstdeklaration eine Organisation «für eine wettbewerbsfähige schweizerische Milchproduktion». *Weltwoche*-Autor und SVP-Nationalrat **Peter Keller** ist Mitglied im «Komitee Durchgangsbahnhof Luzern». Entschädigung pro Sitzung: Kaffee und Mineralwasser. ○